

Karl-Friedrich Weber

Waldbrief 14.11.2020

Wald der Zukunft – das Ende naturnaher Wälder als Regierungsprogramm

Gesine Dittrich über den Begriff Wald:

Das Geheimnis der Vielfalt liegt in einer als »Nichtlinearität« bezeichneten Eigenschaft komplexer Systeme. Die Wechselwirkung zwischen den Teilen eines solchen Systems ist nichtlinear, wenn sie sich nicht einfach addieren, sondern das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile.

Beispielsweise ist ein Wald mehr als eine Ansammlung von Bäumen. In ihm führen die nichtlinearen Wechselwirkungen zwischen den Teilen einer komplexen Ganzheit zu starken dynamischen Rückkopplungen. Rückkopplungen bewirken, daß der »Endzustand« eines Systems nicht ein für alle Mal fixiert ist, sondern zum Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung wird.

Unter ihrem Einfluss ändern sich die Anfangsbedingungen fortwährend selbst. Treten natürliche Auslese- und Optimierungsprozesse hinzu, kann eine Selbstorganisation des Ganzen in Gang kommen. Vor Milliarden von Jahren könnte eine solche Selbstorganisation in der Frühzeit der Erde zum Entstehen von Leben geführt haben. Dieselben Wechselbeziehungen, die ein System nicht berechenbar machen, sind also letztlich auch die Quelle für seine Komplexität.

In einem sich selbst organisierenden Ganzen verliert sich der »Anfang« des Systems in seiner Entwicklungsgeschichte. Bei sich selbst organisierenden Systemen wie z. B. dem Wald werden die Anfangsbedingungen durch die Entwicklung selbst immer wieder verändert. Chaos und Nichtlinearität kann man somit als Quelle für die Vielfalt der Welt ansehen.

Was Gesine Dittrich auf so prägnante Weise zusammengefasst hat, ist das Gegenteil von dem, was nach wie vor die heutige klimamodellierte Rhetorik der Forstwirtschaft bestimmt. Neu ist nichts an den lange vorausgesagten Zusammenbrüchen monostrukturierter Wirtschaftsförster. Nach drei trockenen Jahren tritt lediglich beschleunigt ein, was unausweichlich gewesen ist. Neu ist lediglich der Zeitpunkt. Was als eine Katastrophe beschrieben wird, generiert staatliche Stützungen. Zahlungen gibt es auch für hektisches Tun und nicht für kluges Unterlassen. Was als Chance für einen Übergang zu Wäldern beschrieben wird, in denen sich Selbstorganisation zur Basis ökologischer und klimatischer Robustheit und damit nachhaltiger Wirtschaftlichkeit auf der Landschaftsebene entwickeln darf, passt nicht in das forstpolitische Schema. Wenn Gelder erst einmal fließen, werden sie nicht gern auf ihren Nutzeffekt hinterfragt, weil sie in gewohnte Abläufe passen. Die Beschreibung einer Notlage genügt. Die Höhe der eingesetzten Mittel wird zum Maß für die Erfüllung des Zwecks.

So werden Zukunftsmodelle auf der Basis eines überkommenden forstwissenschaftlichen Reduktionismus zum Weiter so, wie bisher. Die baumartenbezogenen Betrachtungen dominieren die Mischwalddiskussion. Fragen nach Klimafunktionen und Wasserbilanzen der Waldökosysteme sowie nach dem physikalischen Bodenschutz auf der Landschaftsebene werden weder gestellt, geschweige im systemischen Zusammenhang beantwortet.

Umso bedeutsamer werden interessenungebundene Analysen der Situation, wie die durch den international arbeitenden forstwissenschaftlichen Berater und Praktiker Dr. Lutz Fähser. Er versteht es mit seiner Kompetenz, die vielschichtigen Zusammenhänge von eingetretenen und potenziellen Fehlentwicklungen auch Nichtfachleuten verständlich zu machen.

Das Ende naturnaher Wälder als Regierungsprogramm - Kunstforste sollen technisch aus der Klimakrise führen – 1)



von Lutz Fähser

Dr. Lutz Fähser, geb. 1944, ist Leitender Forstdirektor i.R. und bis zur Pensionierung im Jahr 2009 im Stadtwald der Hansestadt Lübeck tätig gewesen. Er hat 1977 an der Universität Freiburg in forstlicher Betriebswirtschaft promoviert. Danach wechselten verschiedene Tätigkeiten in Wissenschaft und Praxis einander ab. Als Berater ist er in der Entwicklungszusammenarbeit in 30 Ländern tätig gewesen.

1. Moderne Waldpolitik seit dem Umweltgipfel 1992 in Rio

Der Welt-Umweltgipfel der UNO in Rio de Janeiro von 1992 war Ausdruck von Verzweiflung und Aufbruch zugleich. Zigtausende von Delegierten fast aller Staaten dieser Erde nahmen teil. Am Schluss verpflichteten sie sich zu einem Rettungsprogramm für diese Erde, unterzeichnet als verbindliche Konventionen und erläuternde Deklarationen. Der rasante Absturz von Natur und Umwelt dieser Erde schien gebremst. Vorausgegangen waren weltweit Publikationen und Proteste gegen die umweltfeindliche Entwicklung von Technik, Industrie, Wirtschaft und Wachstumspolitik in den sich stürmisch entwickelnden Volkswirtschaften. Marksteine darin waren Rachel Carson mit „Silent Spring“ (1962), der Club of Rome mit „Limit of Growth“ (1972), in Deutschland Herbert Gruhl mit „Ein Planet wird geplündert“ (1975) und Erhard Eppler mit „Wege aus der Gefahr“ (1981). Die konkreten Ergebnisse von Rio wurden als Pflichtprogramm für das 21. Jahrhundert, der „Agenda 21“, niedergelegt.

Das Oberziel war eine „Nachhaltige Entwicklung“ in allen Lebensbereichen. Dabei sollten zumindest ökologische, soziale/gesellschaftliche und ökonomische Ziele miteinander harmonisiert werden. „Nachhaltigkeit“ als Leitbild wurde abgeleitet aus dem in Deutschland schon 1713 durch Hans Carl von Carlowitz für Forstbetriebe definierten Prinzip einer dauerhaften „Versorgung“. In Rio wurde dieses Prinzip auf alle Lebensbereiche erweitert als ein ethisches Prinzip, nach dem auch zukünftige Generationen mindestens gleich gute Lebensbedingungen haben sollen wie die gegenwärtige. Aktuell sprechen viele heute von einer „enkeltauglichen“ Entwicklung. Für Wälder mit unendlicher Lebensdauer als „Dauerwälder“ ist diese nicht begrenzte Perspektive sehr passend.

Konkret unterzeichneten die Staaten in Rio u.a. folgende verpflichtenden Konventionen:

- Klima-Konvention (Kyoto-Protokoll)
- Biodiversitäts-Konvention zur Vielfalt der Gene, der Arten und der Ökosysteme (CBD)...
- Wüsten-Konvention.

Für Wälder speziell gab es keine Einigung, so dass nur eine unverbindliche „Wald-Erklärung“ zustande kam, in der man auf weitere Tagungen und mögliche Verpflichtungen hinwies. Dieser Prozess hat sich über Jahrzehnte erfolglos dahingeschleppt ohne wirkliche Ergebnisse. Darin mag man die großen finanziellen Gewinnerwartungen erkennen, die auf die Ausbeutung von Wäldern auf Kosten von Natur und Menschen bis heute gerichtet sind.

Die Zivilgesellschaft, besonders die internationalen Nichtregierungsorganisationen, misstrauten den mit leichter Hand unterzeichneten Konventionen und setzten speziell für Wald auf zusätzliche Anreiz- und Kontrollsysteme wie ökologisch-soziale Zertifizierungen. Mit dieser Absicht wurde bald nach Rio im Jahre 1993 in Mexiko der internationale Forest Stewardship Council (FSC) gegründet. Auch die EU machte sich auf den Weg und beschloss 1993 auf der Zweiten Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Helsinki Maßnahmen im Gefolge der Beschlüsse von Rio mit detaillierten Kriterien und Indikatoren.

Für den Schutz der Natur allgemein, damit auch in Wäldern, war bereits 1992 die EU Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie verabschiedet worden, die zusammen mit der Vogelschutz-Richtlinie von 1972 die „Natura 2000-Schutzgebiete“ sichern sollen. Von den Mitgliedstaaten wurde erwartet, dass sie die Rio-Beschlüsse mit nationalen bis hin zu lokalen Agenda 21-Programmen auf die Umsetzungsebene herunterbrechen. Die Grundlagen zur „Rettung“ von Natur und Wäldern waren auf internationaler und EU-Ebene diplomatisch und formal gelegt.

2. Die Entwicklung des Forstsektors in Deutschland nach Rio 1992

Deutschland ist ordnungspolitisch föderal gegliedert. Die Bundesregierung hat das Recht zur Rahmengesetzgebung, aber selbst nur vier Prozent Waldbesitz an den insgesamt 11,4 Millionen Hektar. Die Bundesländer besitzen 29 Prozent der Wälder und haben politisch wesentliche Ausgestaltungsrechte, die von hier weiter heruntergebrochen sind bis zu den Städten und Gemeinden mit 19 Prozent der Waldfläche. 48 Prozent der Waldfläche befinden sich in Privatbesitz.

2.1 Die Entwicklung auf der Bundesebene

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMEL) ist zuständig für internationale Forstpolitik und forstliche Rahmengesetzgebung. Es ist damit zuständig für die nationale Umsetzung der in Rio verbindlich unterzeichneten Agenda 21 zur „Nachhaltigen Entwicklung“. Andererseits ist das BMEL dominiert von agrarindustriellem Denken in erwerbswirtschaftlich genutzter Kulturlandschaft. Das ist das Gegenteil einer waldökologischen Auffassung von Nachhaltigkeit, wie sie in Rio formuliert wurde. Bis heute ist es kein erkennbares Anliegen des BMEL, im Forstbereich den Aufbruch in eine „enkeltaugliche“ Zukunft zu gestalten. Selbst der Wissenschaftliche Beirat für Waldpolitik beim BMEL ist dominiert von technischen und ökonomischen Aspekten und zieht mit seinen so ausgerichteten Stellungnahmen regelmäßig die Kritik der waldökologischen Wissenschaft und der naturnah ausgerichteten Forstpraxis auf sich. Unter der Federführung des Bundesministeriums für Umwelt (BMU) wurde 2007 eine Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS) formuliert. Die Ziele für Wald sind darin anspruchsvoll ausgearbeitet, allerdings als unverbindliche Empfehlungen an die Bundesländer. Bayern fühlt sich bis heute nicht daran gebunden.

Ein wichtiges Ziel ist darin die rechtssichere Ausweisung von fünf Prozent Waldwildnis für ganz Deutschland bis zum Jahr 2020. Zur Absicherung dieses Zieles und weil das Eigentum an den 11,4 Millionen Hektar Wäldern zu rund 52 Prozent in öffentlicher Hand liegt, sollen die öffentlichen Wälder 10 Prozent Waldwildnis aufweisen. Zurzeit sind für ganz Deutschland allerdings erst rund drei Prozent rechtssicher geschützt. Damit bildet Deutschland zum internationalen Durchschnitt von 18 Prozent eines der Schlusslichter.

Die NBS empfiehlt, zur Qualitätssicherung einen Mindeststandard einer „Guten fachlichen Praxis“ im Forstbereich zu definieren. Das BMEL ist zuständig für die forstliche Rahmengesetzgebung und hat diesen Auftrag bis heute nicht umgesetzt. Die nachgeordnete Forschungsstelle des BMEL, das Thünen-Institut ist weisungsgebunden und kann nicht anders und mehr berichten, als das BMEL vorgibt.

Das BMU hat inhaltlich großes Interesse und fachliche Kompetenz für Wälder, ist jedoch nur indirekt über Umwelt- und Naturschutzrecht mit ihnen verbunden. Das ihm organisatorisch zugeordnete Bundesamt für Naturschutz (BfN) und das Umweltbundesamt (UBA) forschen und publizieren intensiv zu Wäldern. In Gesetzesverfahren und im Regierungshandeln können sie sich aber wenig gegenüber dem BMEL durchsetzen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) empfiehlt bereits in seinem Gutachten von 2012 dringend, die Regierungskompetenz für Wälder auf das BMU zu verlagern.

Ein besonders trauriges Kapitel ist die Umsetzung der EU-Natura 2000-Richtlinie zu Schutzgebieten in Wäldern. Die hierfür zu entwickelnden Managementpläne sind oft mangelhaft, die Kriterien zur Definition der Erhaltungszustände sind wenig anspruchsvoll, dazu in den Bundesländern uneinheitlich. Die EU hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet und die letzte Frist vor einer erheblichen Vertragsstrafe auf Mitte Juni 2020 gesetzt.

2.2 Die Entwicklung in den Bundesländern

Im Rahmen der Bundesgesetze für Wald und für Jagd sind die wesentlichen Player die Bundesländer. Sie formulieren Landesgesetze im Detail, bewirtschaften selbst fast ein Drittel aller Wälder und „befördern“ zusätzlich etliche Kommunalwälder. Ihre Forstministerien üben als oberste Forstbehörde die hoheitliche Kontrolle über den gesamten Wald des Landes aus, also auch über private und kommunale Flächen. Sie sind zudem für die operationale Umsetzung der Natura 2000-Richtlinie der EU zuständig. Die Bundesländer variieren in der Umsetzung einer Rio-orientierten Waldpolitik je nach parteipolitischen Mehrheiten in den Landesregierungen. Aber nicht sehr. Sofern die Partei der GRÜNEN beteiligt ist, wurde meist in den Koalitionsvereinbarungen die Zertifizierung der Landesforsten nach dem Forest Stewardship Council (FSC) vereinbart, dessen Prinzipien unmittelbar nach Rio schon 1993 von der Zivilgesellschaft festgelegt worden waren. Mit Regierungswechsel wird gelegentlich das Zertifikat wieder gekündigt, wie zwischenzeitlich in Nordrhein-Westfalen einmal geschehen, oder die Einführung wird dauerhaft verzögert wie in Thüringen. In Niedersachsen konnte eine konservative Forstverwaltung alle Minister der GRÜNEN bisher davon abbringen, eine ökologisch-sozial ausgerichtete Konzeption im Sinne des FSC einzuführen. Vorreiter in der FSC-Einführung waren die Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie die Länder Saarland und Schleswig-Holstein. Von den 16 Bundesländern sind zurzeit sieben FSC-zertifiziert. Die meisten Landesforstverwaltungen befürworten inhaltlich diese Ausrichtung nicht, sondern erfüllen nur die politisch aufgetragene Pflicht. Entsprechend langsam zieht der Geist von Rio in deren Wälder ein.

Ähnlich zäh verläuft die Umsetzung der NBS, und hier speziell die Ausweisung von 10 Prozent Wildnis-Wald, in vielen Landeswäldern. Nur Schleswig-Holstein, das Saarland und Thüringen haben dieses Ziel bisher umgesetzt.

Die Landesforstverwaltungen, die überwiegend privatwirtschaftlich als Anstalt des öffentlichen Rechts organisiert sind, werden de facto als erwerbswirtschaftlich orientierte Einheiten geführt. Das widerspricht allerdings dem Tenor aller Waldgesetze und besonders einer Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts von 1990. Darin werden öffentliche Forstbetriebe darauf hingewiesen, dass für sie die Daseinsvorsorge und die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes Priorität haben, nicht erwerbswirtschaftliche Gewinnziele. In den Länderministerien und den nachgeordneten Forst- und Naturschutzbehörden haben die Forstorganisationen durch straffe hierarchische Beziehungen und eine flächendeckende operationale Präsenz gegenüber den Naturschutzbehörden mehr Gewicht. Deshalb fällt es diesen schwer, die Verpflichtungen für Naturschutz und Biodiversität aus den Rio-Konventionen, die EU-Richtlinien und die NBS für Wälder gegenüber den Forstorganisationen durchzusetzen.

2.3 Die Entwicklung in Städten und Gemeinden

Die Wälder der Städte und Gemeinden sind deren Bewohnern sehr nahe. Sie werden aufmerksam wahrgenommen und zur Erholung, Sport und anderem dankbar genutzt und so fast noch als Allmende im Gemeindegebrauch empfunden. In Gebieten mit langer landwirtschaftlicher Tradition gesteht man den Förstern eine intensive Waldnutzung zu und erwartet oft Überschüsse für die Gemeindekasse. Ganz anders ist es in den Stadtwäldern. Hier dominieren hohe Anforderungen an Umwelt- und Naturschutz, Erholungsmöglichkeiten und andere Ökosystemleistungen. Die Politik erwartet keine finanziellen Überschüsse, die in der Relation zum Gesamthaushalt ohnehin unbedeutend ausfallen würden. Daraus ergibt sich, dass die Waldpolitik von Rio in den größeren Stadtwäldern den meisten Anklang findet und hier mit entsprechenden Konzepten vorbildlich umgesetzt wird.

Unmittelbar nach der Rio-Konferenz führte die Hansestadt Lübeck 1994 in ihrem Stadtwald ein Konzept der „Naturnahen Waldnutzung“ ein. Dieses war direkt aus den Verpflichtungen von Rio abgeleitet worden und sollte auf 5.000 Hektar langfristig die Auswirkungen dieser modernen Waldpolitik erforschen. Die Stadtwälder von Göttingen und Uelzen schlossen sich unmittelbar diesem Konzept an. Später folgten die Städte Berlin, München, Saarbrücken, Wiesbaden, Boppard, Bonn, Düsseldorf, Hannover und andere. Das „Lübecker Modell“ wurde zur Referenz für große Umweltverbände wie Greenpeace, BUND und Robin Wood. 1997 wurde dieses Konzept die Grundlage für die erste ökologisch-soziale Zertifizierung von Wäldern in Deutschland nach „Naturland e.V.“. Zertifizierung nach dem internationalen FSC begann kurz danach mit den Stadtwäldern von Hamburg und Lübeck. Eine schnelle Ausweitung der Zertifizierung mit FSC gelang schließlich, weil eine große Anzahl von Städten und Gemeinden in Rheinland-Pfalz dieses Zertifikat einführte. Bis heute sind Kommunalwälder die Treiber bei der Umsetzung einer zeitgemäßen Waldpolitik nach Rio.

2.4 Die Entwicklung in den Privatwäldern

Privatwälder machen 48 Prozent der Wäldflächen aus. Die meisten von ihnen werden aber nicht mit eigenem Personal bewirtschaftet, weil die Betriebsflächen dazu zu klein sind. Beratung und Betreuung erfolgen dort durch die örtlichen staatlichen Forstbetriebe, Forstgenossenschaften, Landwirtschaftskammern oder private Forstberater.

Größerer Waldbesitz hat oft eine lange, auch adelige Tradition und ist eher konservativ zu allen Lebensaspekten eingestellt. Das hat für Wälder den Vorteil, dass der Besitz möglichst erhalten und an die nächste Generation weitergegeben werden soll. Moderne ökologisch-soziale Waldkonzepte werden allerdings skeptisch gesehen und deshalb die Standards der Zertifikate von Naturland oder FSC meist abgelehnt. Vorherrschend ist hier das einfacher zu erwerbende Label des Programmes for the Endorsement of Forest Certification (PEFC).

Das Gedankengut der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft (ANW) hingegen ist weit verbreitet. Die ANW wurde 1950 zur Abschaffung von Kahlschlägen und Altersklassenwäldern gegründet und nutzt eine gewisse „biologische Automation“. Sie hat allerdings nicht das Rio-Ziel, auch Wirtschaftswälder nahe an natürlichen Waldgesellschaften zu halten, sondern verfolgt klare strukturelle Ziele hin zu einem konstruierten Optimalzustand, der manchmal aufwändig gegen die natürliche Dynamik hergestellt und aufrechterhalten wird. Andererseits kommen gerade aus dem Privatwald von Zeit zu Zeit Impulse, wenn durch Generationswechsel fortschrittliche Eigentümer ohne die Schwerfälligkeit öffentlicher Forstverwaltungen in kurzer Zeit Neues ausprobieren können.

Dem Privatwald werden von den Landesregierungen finanzielle Zuschüsse für betriebliche Aufwendungen von bis zu 90 Prozent gewährt. Das fördert intensives Tun, schnelle Maßnahmen wie Wiederaufforstungen, technischen Wegebau und Einsatz von Pestiziden. Naturnah orientiertes Handeln, das auf Extensivierung und natürliche Wiederbewaldung gerichtet ist, erhält weniger Förderung. Spezieller Naturschutz kann mit begrenzten Haushaltsmitteln als vertraglicher Naturschutz über begrenzte Zeiträume honoriert werden. Die privaten Waldbesitzer werden standespolitisch von ihrer Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzer (AGDW) wirkungsvoll vertreten. Sie besitzt starken Einfluss beim BMEL und artikuliert sich deutlich wahrnehmbar gegen BMU und die meisten Umweltverbände.

3. Die ökologisch-soziale Zertifizierung von Wald-Betrieben

Die in Rio vereinbarten Konventionen und deren Umsetzungsprogramm Agenda 21 wären wohl im Wesentlichen als Absichtsprogramm stecken geblieben, hätte nicht die Zivilgesellschaft deren Inhalte zu dem marktfähigen Instrument der Zertifikate weiterentwickelt und damit wirtschaftliche Anreize gegeben. Außerdem wurde durch die konstituierenden Vorbereitungen auf hoher konzeptioneller Ebene endlich einmal anspruchsvoll über die Prinzipien einer verantwortbaren nachhaltigen Waldbehandlung diskutiert.

Das weltweit wirkungsvollste Waldzertifikat ist das des Forest Stewardship Council (FSC). Mit dem Dreikammer-System von Ökologie, Sozialem und Ökonomischem folgt es der Rio-Philosophie der ausgewogenen Nachhaltigkeit mit breiter gesellschaftlicher Partizipation. Deshalb wird es von vielen Umweltverbänden mitgetragen. In der Umsetzung, vor allem der Kontrolle der ökologischen Kriterien, hat es erhebliche Mängel, die immer wieder das Vertrauen in den FSC erschüttern.

Der Standard des FSC-Deutschlands ist relativ anspruchsvoll und lehnt sich eng an die Rio-Beschlüsse an. Ziel des waldbaulichen Handelns ist die Annäherung an die (ideelle) Natürliche Waldgesellschaft. Das bedeutet eine große Naturnähe für die Waldstruktur (Baumarten, Baumvorrat, Schichtung, Altersstruktur) und die zugelassene Dynamik (Entwicklung). Nicht-heimische Baumarten dürfen höchstens auf 20 Prozent der Fläche

vorkommen. Die Walderneuerung soll hauptsächlich durch natürliche Ansamung erfolgen. Teilflächen sollen als Referenzflächen völlig unbewirtschaftet bleiben und damit die natürliche Eigenentwicklung zeigen. Teilmengen sollen als Biotopbäume und als Totholz für Biodiversität und Humus-Nachlieferung sorgen. Die technischen Maßnahmen sollen nach dem Minimalprinzip mit geringster Störung des Ökosystems erfolgen. Gifte, Bodenveränderungen u.ä. sind prinzipiell verboten. In Deutschland sind seit der erstmaligen Verleihung im Jahre 1997 an den Landeswald Hamburg insgesamt 12 Prozent der Waldfläche nach FSC zertifiziert.

Noch anspruchsvoller im Sinne der Rio-Beschlüsse ist das rein nationale Zertifikat von „Naturland e.V.“. Es ist das Idealmodell der großen Umweltverbände in Deutschland. Es basiert auf dem Konzept der Naturnahen Waldnutzung, das 1994 vom Stadtwald Lübeck eingeführt wurde. Die gestaltenden Eingriffe werden hier konsequent minimiert. Dadurch werden erhebliche Aufwendungen eingespart, die natürlichen Entwicklungsprozesse gestärkt und die Produktionsrisiken verringert. Deshalb ist dieses Konzept auch besonders wirtschaftlich. Es erhielt nationale und internationale Auszeichnungen für vorbildliche Agenda 21-Umsetzung und umweltbewusstes Management und ist bei den meisten heutigen Bürgerinitiativen zu Wäldern die Idealvorstellung. Das Naturland-Zertifikat wird vor allem in Kommunal- und Stadtwäldern bevorzugt. Es wurde erstmals im Jahr 1997 an das Stadtforstamt Lübeck vergeben.

Eine interessante Geschichte in der Beziehung zu Rio weist das Zertifikat PEFC auf. Es wurde ursprünglich 1999 in Deutschland als eine Gegenbewegung gegen die ökologisch-soziale Zertifizierung des FSC gegründet, nachdem dessen Einführung in der Waldwirtschaft und für die nachfolgenden Produkte (chain of custody) nicht mehr zu verhindern waren. Da es in seinen Gremien und Kriterien primär die Interessen der Waldbesitzer vertritt und Umweltverbände keinen entscheidenden Einfluss haben, ist es eher als ein „Label“ der Produzenten einzustufen. Der Betrieb, der beitreten möchte, wird nicht einzeln geprüft, sondern als Teil eines größeren zugelassenen Areals, wie z.B ein Bundesland, zugelassen. Der Marktwert des PEFC ist gering, weil ihm die Anerkennung der großen Umweltverbände fehlt. Dadurch fehlt der ökologisch-soziale Imagewert der Produkte, durch den die Wirtschaftsbetriebe einen Marktvorteil anstreben. Das PEFC-Label ist in Deutschland auf zwei Drittel der Waldfläche vergeben. Es ist einfach zu erlangen und weniger anspruchsvoll als FSC und Naturland.

4. Die Vereine und Verbände für Umwelt- und Naturschutz

Ohne den Druck der Zivilgesellschaft auf Politik, Verwaltung und Wirtschaft wären die Vereinbarungen von Rio wohl noch weniger umgesetzt worden, als es bis heute geschah. In Rio und in den Nach-Rio-Konferenzen waren die großen Umweltverbände, die Nicht-Regierungsorganisationen (NRO), aktiv an vielen Verhandlungen beteiligt und trugen damit zu einem höheren ökologischen und sozialen Anspruch bei. Die Rio-Konventionen sind detailliert und umsetzungsfähig niedergeschrieben worden und konnten damit in der Folge als authentische Forderungskataloge verwendet werden.

In der Waldpolitik Deutschlands haben große NRO wie Greenpeace, BUND, NABU, WWF und ROBIN WOOD heute sehr ähnliche Auffassungen, setzen sie aber unterschiedlich fordernd durch. Die Anzahl der Mitglieder von Umweltverbänden übersteigt die Anzahl der Mitglieder von politischen Parteien erheblich. Ihre waldpolitische Wirkung ist aber gering. Erfolge zu

Wäldern gegen Regierungen und Verwaltungen werden oft erst durch aufwendige Gerichtsverfahren erzielt. Die Bedenken und Anregungen, die bei den zahlreichen Beteiligungsverfahren als Träger öffentlicher Belange erzielt werden, halten sich in Grenzen. Meist werden diese zwar angehört, dann aber „weggewogen“.

In letzter Zeit organisieren sich deutlich mehr Bürger in Bürgerinitiativen und kooperieren mit NRO, weil vermehrt große Schäden an Bäumen und dem Waldboden sichtbar werden, die durch intensive Holzernte und groß dimensionierte Forstmaschinen entstanden sind.

5. Wälder und Forstpolitik in der Klimakrise

In den Jahren 2018 und 2019 waren die Sommer ungewöhnlich heiß und trocken. Als sichtbare Folge starben viele Bäume ab, besonders in nicht dem Standort angepassten und künstlich etablierten Fichten- und Kiefernplantagen. Die Statistiken wiesen im Frühjahr 2020 eine „Schadfläche“ von 245.000 Hektar aus. Von 2018 bis 2020 fielen unplanmäßig 160,5 Mio. m³ „Kalamitätsholz“ an, mehrheitlich Nadelholz mit 145,5 Mio. m³. Das ist mehr als das Doppelte eines planmäßigen Jahreseinschlags. Der Holzmarkt brach zusammen, der Holzpreis fiel bei Nadelholz um über 30 Prozent. Große Holz mengen wurden überhaupt nicht mehr abgenommen. Gleichzeitig brannten einige Nadelforsten ab, und viele „Schwächeparasiten“ wie Borkenkäfer, Nadeln fressende Raupen und Baumpilze vermehrten sich rasant und setzten die „Kalamitäten“ fort.

Diese ungekannten Ausmaße ließen den Begriff „Waldsterben 2.0“ entstehen, unter Bezug auf das Waldsterben der 1980er Jahre durch „Sauren Regen“. Solche Dimensionen riefen die große Politik auf den Plan, die sich wirtschaftspolitisch bisher wenig mit dem Forstsektor befasst hatte, der nur einen verschwindend kleinen Beitrag zum Bruttosozialprodukt leistet. Das neue „Waldsterben 2.0“ traf die etablierte Forstwelt nach eigenen Angaben völlig unerwartet. Umso entschiedener, demonstrativer und technischer fielen die Ideen und Beschlüsse zur „Rettung“ des Waldes aus.

Für Waldökologen, naturnah wirtschaftende Waldnutzer und die meisten Umweltverbände hingegen waren die Zusammenbrüche längst erwartet worden und gut erklärbar. Sie hatten stets gefordert, die ökologische Konstitution der Forsten zu stärken. Solche wohl definierten Maßnahmen empfahlen sie nun auch in der Klimakrise. Die Auffassungen dieser beiden Hauptgruppen waren und sind inhaltlich sehr unterschiedlich, obwohl sie sich in den Überschriften mit Vokabeln wie nachhaltig, naturnah oder standortgemäß kaum unterscheiden.

5.1 Reaktionen von Politik, Forstverwaltungen und Forstwissenschaft

Die vermeintlich plötzlichen und nicht vorhersehbaren Verfallserscheinungen in den Forsten schmiedeten die ohnehin sehr eng kooperierenden Institutionen der Forstwelt noch mehr zusammen. Die Lobby von Holzindustrie und Waldbesitzern drängten die Politik zu entschiedenem Handeln. Die Forstwissenschaft stand zur Verfügung, um schnelle Maßnahmen zu legitimieren und über finanzierte Forschungsaufträge weitere Empfehlungen zu erarbeiten.

Die Landesforstbetriebe, vereint in ihrer „Forstchefkonferenz“, rieten ihren Ministerien überwiegend, zur Rettung der Forsten einen entschlossenen Krieg gegen die sie bedrohenden Naturvorgänge zu führen. Die zuständige Ministerin des BMEL hielt 2019 dazu einen öffentlichen Nationalen Waldgipfel ab. Darin wurden alternative Auffassungen zum Umgang mit der Waldkrise angehört, danach dann die vorbereiteten Kampfmaßnahmen verkündet. Dazu standen 800 Mio. € an nicht zurückzahlbaren Subventionen sofort zur Verfügung. Im Juni 2020 kamen als ein weiteres „Rettungspaket“ noch einmal 700 Mio. € für den „Erhalt und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder“ hinzu.

5.1.1. Das Rettungskonzept des etablierten Forstsektors

Die etablierten Institutionen des Forstsektors vertreten zur „Rettung“ des Waldes die Strategie der Effizienzsteigerung. Die von ihnen bisher schon vertretenen Konzepte und Maßnahmen sollen mit deutlich gesteigerten technischen, chemischen, personellen, wissenschaftlichen und damit finanziellen Anstrengungen intensiviert werden. Das handlungsleitende BMEL sichert sich darin durch sein ihm nachgeordnetes Thünen-Institut ab. Einige Landesministerien betreiben ähnliche, ihnen unterstellte Forstliche Versuchsanstalten.

Der Deutsche Verband Forstlicher Forschungsanstalten teilte in einem Positionspapier zum Klimawandel von 2019 „faktenbasiert“ mit, „was wir wissen und was wir tun sollten“. Der Wissenschaftliche Beirat für Waldpolitik des Bundesministeriums für Landwirtschaft (WBW) veröffentlichte 2020 seine Position zur „Waldvision 2050“ der Bundesregierung und stuft darin die Ziele der bisherigen „Waldstrategie 2020“ des BMEL als weiter zutreffend ein. Allerdings solle zur Rettung der Wälder weniger naturschützend und walddynamisch geplant werden, sondern stärker produktionsfördernd und gestaltend.

Die regierungsamtlichen und regierungsnahen Positionen beinhalten u.a. folgende Aspekte:

- Nichtheimische „klimaresistente“ Baumarten sollen heimische Baumarten ersetzen
- Forsten sollen stärker aufgelichtet, öfter gepflegt und durchforstet werden
- Bäume sollen jünger und in schwächeren Dimensionen geerntet werden
- Der Baum-/Holzvorrat soll niedrig bleiben
- Naturschutzgebiete sowie Biotop- und Totholzbäume sollen weniger ausgewiesen werden
- Kalamitätsflächen mit abgestorbenen Bäumen sollen zügig und vollständig geräumt werden
- Die Wiederaufforstung der Kalamitätsflächen soll umgehend (maschinell) erfolgen
- Chemische Bekämpfungsmittel (Forstschutzmittel) sollen steuernd verwendet werden
- Moderne Großmaschinen sollen schnell und kostengünstig genutzt werden
- Die Infrastruktur (Wegenetz) soll intensiviert werden.

Dieses sind nicht nur Absichtserklärungen, sondern Maßnahmen, die 2020 bereits durchgeführt wurden. Neue Groß-Harvester vom Typ „Königtiger“ kneifen hohe alte Buchen mit bis zu 10 t Gewicht ab. Die Bundeswehr hilft, Wälder fast besenrein zu säubern. Große Kahlflächen mit von Erntemaschinen verdichteten und vom Humus gesäuberten Waldböden werden mit Pflanzmaschinen aufgeforstet. Insektengifte werden aus Hubschraubern über Wäldern und mit Handspritzen auf lagerndes Holz ausgebracht. Neue „klimaresistente“ Holzarten aus anderen Klimaräumen werden getestet, einige bereits gepflanzt.

Besondere Aufmerksamkeit und Förderung erhält die Vorstellung, mit quasi Wunderbaumarten neue klimastabile Plantagen aufbauen zu können, vorerst in Mischung mit heimischen Baumarten. Die forstliche Forschung hat hierfür „Klimahüllen“ modelliert, denen die danach am besten angepassten Holzarten zugeordnet werden. Favorit ist hier die nordamerikanische Grüne Douglasie. Weitere Testholzarten sind z.B. amerikanische Küstentannen, Hemlocktannen, Riesenmammutbaum und Roteichen, Libanonzedern, Japanische Lärchen, Französischer Ahorn, Esskastanien, Robinien, Schwarzkiefern, Zerleichen, Schwarznüsse, Walnüsse, Sumpfpfypresen und Riesenlebensbaum.

In einem Szenario des WBW beim BMEL von 2016 werden neuen Nadelholzforsten Anteile bis zu 70 Prozent der Forsten zugerechnet, das sind noch 15 Prozent mehr als zur Zeit. Die Bedrohung der Forsten ist in dieser Intensität für alle Beteiligten neu. Bei starkem Vertrauen in Forschung und Technik ist es nur zu verständlich, dass hierin auch die Lösungen gesucht werden. Vorbild für die vorgeschlagenen Rettungswege sind nicht komplexe Waldökosysteme wie Urwälder, sondern forstwirtschaftliche Erfahrungen in Kulturwäldern. Hier wurden einzelne Baumarten ausprobiert, oft stand die Produktion von Holz im Vordergrund.

Viele Handlungsempfehlungen entstanden aufgrund von Einzelbaumforschungen, von Messungen in angelegten Pflanzungen, von entsprechenden Modellrechnungen und von der Holznachfrage. Noch vor drei Jahren empfahl ein wissenschaftliches Institut aus betriebswirtschaftlicher Sicht den Anbau von Fichten an erster Stelle. Die forstlichen Hochschulen und Universitäten haben bis in die 1980er Jahre angewandte Forstwirtschaft gelehrt und erforscht und Diplom-Forstwirte und Diplom-Forstingenieure hervorgebracht. Auch im neuen System der Bachelor- und Masterstudien finden sich als Institutsleiter für den „Waldbau“, also die Behandlung der Wälder, keine originären Ökologen.

5.1.2. Die Vorschläge von Waldökologen und Praktikern naturnaher Waldnutzung

Deutlich anders als die etablierte Forstwelt beurteilen ausgebildete Ökologen und erfahrene Praktiker in naturnaher Waldnutzung die Ursachen der Forstkrise und die Möglichkeiten, sie zu überwinden. Für sie sind Borkenkäfer und tote Fichten mehrheitlich eher Symptome. Die wesentlichen Ursachen lägen in den schon lange anhaltenden, naturfeindlichen Bewirtschaftungsweisen, vielleicht sogar der Ausbeutung der Forsten, die diese so geschwächt haben, dass sie dem Klimastress nicht mehr standhalten können. Gestützt wird diese Wertung dadurch, dass nur wenige Waldschäden in wirklich alten Laubmischwäldern und in Buchenurwäldern beobachtet werden, die es vereinzelt noch in Slowenien, Rumänien und der Ukraine gibt. Auch in längerfristig streng naturnah bewirtschafteten Wirtschaftswäldern, etwa nach dem „Lübecker Modell“, starben bisher signifikant weniger Bäume ab.

Aber auch in Urwäldern und in naturnahen Wirtschaftswäldern sterben einzelne Bäume ab, denn so passen sich Wälder an veränderte Lebensbedingungen an. Sie machen Platz für besser angepasste Baumarten und Waldgesellschaften. Wald-Ökosysteme waren und sind ständig im Wandel mit ihren unzählig vielen Organismen und Wechselbeziehungen. Menschen können diese ihnen weitgehend unbekannt Vielfalt weder erkennen noch richtig steuern.

Der Landschaftsökologe Heinz Ellenberg stellte nach Abschluss eines großen Forschungsprojektes in den 1980er Jahren im Solling fest, dass bei den Wäldern stets die am natürlichsten ausgeprägte Waldgesellschaft die höchste organische Produktion aufwies. Dort waren es Buchen-Mischwälder. Die Fichtenforsten erzeugten zwar mehr Holzvolumen (mit hohem Risiko), aber weniger Biomasse, weil das Holz mehr Luftvolumen besitzt. Der Forstwissenschaftler Harald Thomasius ermittelte in der DDR statistisch, dass im norddeutschen Tiefland die Buchenwälder, die hier von Natur aus vorkommen, zu 80 bis 90 Prozent ihr „Wirtschaftsziel“, also eine planmäßige Ernte, erreichen, die Fichtenwälder hingegen nur zu rund 50 Prozent. Heute strebt dieser Wert für die bis vor Kurzem noch als „Wunder“- und „Brotbaum“ gepriesene Holzart gegen Null.

Forstwirtschaft und Forstwissenschaft wussten von diesen Zusammenhängen schon lange. Schon vor etwa 150 Jahren begann der Ruf nach einer Rückkehr zu den biologischen Grundlagen. Vor 100 Jahren beschrieb der Forstprofessor Alfred Möller als Ideal einen „Dauerwald“ in diesem Sinne. Aber die Faszination von Technik, Chemie und neuem Wissen, das besser als Natur sei, und der Sog von Holzindustrie und Wirtschaft verhinderten bis heute, dass die biologischen bzw. ökologischen Lebensgrundlagen von Wäldern als Voraussetzung für ihr Gedeihen angemessen berücksichtigt wurden. Das „Waldsterben 2.0“, das in Wahrheit ein Baumsterben ist, mit dem sich Wälder an Veränderungen anpassen, ist auch eine Quittung für eine ökologiefreundliche Forstwirtschaft über mehrere hundert Jahre. Es kommt jetzt darauf an, die Symptome zu erfassen, zu werten und daraus lebensrettende Folgerungen zu ziehen.

Die Fraktion der „naturnahen“ Ökologen und Waldnutzer schlägt dazu folgende Prinzipien vor:

- Als Referenz für alle Maßnahmen sollten die Zustände und Entwicklungen in unbeeinflussten (Schutz)Wäldern herangezogen werden.
- Naturnähe hat Priorität auch bei der Zielsetzung in Wirtschaftswäldern, wobei die natürlichen Anpassungsprozesse mit einbezogen werden müssen.
- Eingriffe in Wälder sollen mit der geringsten Störungswirkung erfolgen.

Daraus ergeben sich für Wirtschaftswälder ganz andere operationale Aspekte, als sie von der etablierten Forstwelt vorgeschlagen werden (siehe unter 4.1.1.):

- Heimische Baumarten sollen sich entwickeln dürfen und nicht durch nichtheimische Holzarten ersetzt werden.
- Die Wälder sollen weniger aufgelichtet werden und sich weitgehend selbst differenzieren.
- Die Bäume sollen alt werden dürfen und überwiegend erst in starken Dimensionen als (wertvoller) Einzelbaum geerntet werden.
- Der Vorrat an Baumholz soll ansteigen bis auf mindestens 70 Prozent des Vorrats der entsprechenden Natürlichen Waldgesellschaft.

- Biotopbäume, Totholzbäume und Wildnis-Schutzgebiete sollen vermehrt gesichert werden.
- Auf Kalamitätsflächen sollen absterbende und tote Bäume weitgehend stehen und liegen bleiben.
- Die Wiederbesiedlung der Kalamitätsflächen soll als sukzessive Naturverjüngung abgewartet werden. Das Bepflanzen soll die Ausnahme sein und nicht maschinell erfolgen.
- Chemische Bekämpfungsmittel werden seitens des Betriebes nicht eingesetzt.
- Zur Holzernte werden Großmaschinen weitgehend ausgeschlossen.
- Die Infrastruktur (Wegenetz) wird minimiert.

Eine solche Vorgehensweise würde es Wäldern vermutlich ermöglichen, die aus der Evolution überlieferten Anpassungs- und Überlebensstrategien weiterhin zu entfalten. Die Biodiversitätskonvention von Rio 1992 zielt genau darauf ab, indem sie die „funktionale“ Biodiversität von Lebensgemeinschaften erhalten oder wiederherstellen will. Und zwar auf allen Ebenen, bei den Genen, den Arten und dem gesamten Ökosystem.

6. Künstliche Forste oder Naturnahe Wälder – eine Grundsatzentscheidung

Die geregelte Forstwirtschaft war in Deutschland jahrhundertlang vornehmlich Staatssache. Sie hatte vor etwa dreihundert Jahren mit militärischem Personal und polizeilichen Mitteln begonnen, um die stark übernutzten Wälder und devastierten Landschaften wieder zu begrünen und darin Holz zu produzieren. Auch heute noch versteht sich die Forstwirtschaft im öffentlichen Besitz staatstragend. Sie wird von Beamten bzw. mit Betrieben der öffentlichen Hand dominiert und ist stark ökonomisch ausgerichtet. Spätestens seit dem Aufbruch von Rio 1992 zu einer „Nachhaltigen Entwicklung“ beanspruchte die Zivilgesellschaft, über das Schicksal „ihrer“ Wälder besser informiert und bei Entscheidungen beteiligt zu werden, mit nur mäßigem Erfolg. Jetzt, in der Klimakrise, die sich auch als Forstkrise darstellt, entstehen überall in Deutschland Bürgerinitiativen erneut mit diesem Anspruch. Das sichtbare Versagen der bisherigen Forstpolitik, Forstwissenschaft und Forstwirtschaft, die sich völlig überrascht und absolut unschuldig am „Waldsterben 2.0“ geben, ermutigt immer mehr Menschen, sich einzumischen und Partei zu ergreifen für eine dem Ökosystem Wald angemessene Umgangsweise.

Die Forstpolitik steht aktuell bei dem sich verschärfenden Baumsterben und der dadurch waldsensibel gewordenen Bevölkerung unter Entscheidungsdruck. Sie beantwortet diesen ohne viel Zögern „faktenbasiert“ mit der Verheißung, die zukünftige Entwicklung im Prinzip zu kennen und mit neuen technischen und großen finanziellen Mitteln in den Griff zu bekommen. Sie hat sich für ein forstindustrielles, theoretisch konstruiertes Gestaltungskonzept entschieden und dieses bereits mit Milliarden Eurobeträgen in Gang gesetzt.

Dieses Konzept leitet das Ende von „Wäldern“ ein, die sich hunderte von Millionen Jahren selbständig weiterentwickelt und den Gegebenheiten angepasst haben. Mit ihnen wurden typische Biodiversitäten transportiert und die heute so begehrten Ökosystemdienstleistungen gesichert. Die jetzt eingeleitete Entwicklung folgt dem bereits in der Sackgasse befindlichen agrarindustriellen Weg und macht Wälder zu nicht mehr eigenständig lebensfähigen Landnutzungsflächen. Es wird damit ein Verlust von genetischer Information aus der Vorzeit, überwältigend großer und wunderschöner Biodiversität und von wahrscheinlich wesentlichen Grundlagen unseres Lebens durch ein agrarindustrielles und wirtschaftlich geprägtes Verständnis von Forstwirtschaft eingeleitet.

Das hat Andersdenkende aufgeschreckt und veranlasst, ein Gegenkonzept vorzustellen und politisch fordernd einzubringen, ein Ökosystem-orientiertes, empirisch begründetes Anpassungskonzept. Hinter diesen Vorstellungen stehen alle großen Umweltverbände, viele neue Bürgerinitiativen, ökologisch ausgewiesene Forschungsinstitutionen, das Bundesumweltministerium und einige Waldnutzungsbetriebe, die die vorgeschlagenen Maßnahmen seit Jahrzehnten mit ökologischem und ökonomischem Erfolg praktizieren.

Niemand kann die Zukunft erkennen. Aber es gibt Strategien, die Unsicherheit für Handelnde so einbeziehen, dass Schäden minimiert werden können. Dazu gehört in Systemen der Urproduktion, also im Wirtschaften mit komplexem eigenständigem Leben, die inhärenten Anpassungsmechanismen vital zu halten, also die natürlichen Prozesse möglichst wenig zu behindern. Wer den naturnahen Wald liebt und nicht verlieren will, sollte die Tragweite der momentanen regierungsamtlichen Entscheidungen wahrnehmen und sich in die Bemühungen zum ökologischen Erhalt des „Deutschen liebsten Kind“, dem Wald, einbringen.

Michael Succow, Träger des Alternativen Nobelpreises, hat 2011 in seiner Stiftung in Greifswald als 12. These zu dem schmalen Grat zwischen Verändern und Zerstören formuliert: *„Lassen wir die Natur unverändert, können wir nicht existieren; zerstören wir sie, gehen wir zugrunde ... Üben wir uns im Erhalten, gewähren wir der Natur Raum, geben wir ihr Zeit – um ihrer selbst und unserer eigenen Zukunft willen!“*

Weiterführende Literatur:

- Bundesamt für Naturschutz (2019): Wälder im Klimawandel: Steigerung von Anpassungsfähigkeit und Resilienz durch mehr Vielfalt und Heterogenität. Bonn
 - WaldSchutz (BBIWS) (2018): Manifest zum Wald in Deutschland. Krailing. Internet: www.bundesbuergerinitiative-waldschutz.de
 - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2015, 4. Auflage): Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Berlin/Rostock
 - Deutsche Umweltstiftung (2019) (Hrsg.): Der Wald Deutschlands im Klimawandel. Bewertung des nationalen Waldgipfels und Forderungen zum Umgang mit der Waldkrise. ePaper. www.deutscheumweltstiftung.de
 - Deutscher Verband Forstlicher Forschungsanstalten (2019): Anpassung der Wälder an den Klimawandel. Positionspapier des Deutschen Verbandes Forstlicher Forschungsanstalten (DVFFA) -Ellenberg, H.: Vegetation Mitteleuropas mit den Alpen (1978, 2. Auflage). Stuttgart
 - Naturwald-Akademie (2019): Beitrag zum Fachgespräch „Wald und Klimawandel“ – Wissenschaftliche Fakten und Lösungen. Berlin/Lübeck
 - Wissenschaftlicher Beirat für Waldpolitik beim BMEL (Hrsg.) (2020): Eckpunkte der Waldstrategie 2050. Berlin
-

Quellen:

- 1) Fährer, Lutz 2020: Das Ende naturnaher Wälder als Regierungsprogramm:
Heidelberger Lese-Zeiten-Verlag: UNIVERSITAS, 75.Jhrg, Juni 2020, Nr. 6. Wald, S.44-64.



Fotos: Karl-Friedrich Weber

kein „enkeltauglicher“ Neuanfang, sondern ein Weiter so wie bisher ...



Verantwortlich für den Inhalt:

Karl-Friedrich Weber, Ackerwinkel 5, 38154 Königslutter am Elm

kweberbund@aol.com

0171 893 8311

05353-3409

Alle Rechte liegen beim Autor Karl-Friedrich Weber

Der Waldbrief darf in unveränderter Form verbreitet werden.